

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Januar 2019

TOP 1

Der Ältestenrat hat eine Beschlussempfehlung zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtags erarbeitet, die eine Anpassung bei der Besetzung der Ausschüsse zum Inhalt hat. Aufgrund des Austritts eines Mitglieds aus der AfD-Fraktion haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Landtag verändert, was auch Auswirkungen auf die Ausschussbesetzung durch die Fraktionen hat.

TOP 2

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Januar die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

TOP 3(a+b)

(a) Mit einer Regierungserklärung wendet sich die Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Anne-Marie Keding (CDU), an Parlament und Öffentlichkeit. Sie spricht zum Thema „Herausforderungen für die Justiz in Sachsen-Anhalt – Zuverlässig, zeitgemäß, zugewandt“.

(b) Im Anschluss an die Regierungserklärung der Justizministerin haben die Abgeordneten aus den Fraktionen die Möglichkeit, zur Rede Stellung zu beziehen und eigene Aspekte in die Debatte einzubringen.

TOP 4(a+b)

(a) Die AfD-Fraktion hat eine Aktuelle Debatte beantragt, die unter den Titel „Meinungsfreiheit gewährleisten – Verrohung der politischen Auseinandersetzung verhindern – gewalttätiger Debattenkultur Einhalt gebieten“ gestellt ist.

(b) Die Fraktion DIE LINKE wendet sich mit der von ihr beantragten Aktuellen Debatte dem Zugverkehr in Sachsen-Anhalt zu. Sie will eine Debatte über „Zugausfälle bei Abellio – ein Beispiel fehlgeschlagener Privatisierung“ führen.

TOP 5

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, dem Plenum einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes des Landes vorzulegen. Darin soll unter anderem die Abschaffung der „gesetzlichen Zwangsmitgliedschaft in den sog. Studierendenschaften“ verzeichnet sein. Die Aufnahme in die Studierendenschaft solle künftig eine aktive Willensbekundung zugrunde liegen. Im Übrigen sei die Bezeichnung Studierendenschaft wieder durch Studentenschaft zu ersetzen, so die AfD.

TOP 6

Die Landesregierung soll auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE aufgefordert werden, umgehend eine Stabsstelle einzurichten und dazu eine/n Beauftragte/n für den Strukturwandel in der Braunkohleregion Sachsen-Anhalts zu berufen. Die Stabsstelle sei so auszustatten, dass sie für alle mit dem Strukturwandel zusammenhängenden Prozesse und Projekte des Landes Sachsen-Anhalt zentrale Ansprechpartnerin ist, diese unterstützt und koordiniert.

TOP 7

Am 29. Juli 2017 trat das Bundesgesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht in Kraft. Mit dem in § 47 Asylgesetz neueingefügten Absatz 1b ermöglicht es den Ländern, für Asylsuchende eine längere Wohnverpflichtung als die in Absatz 1 der Vorschrift bisher vorgesehenen sechs Monate zu regeln. Eine nötige Landesregelung brachte die Landesregierung im August 2018 ein. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag nun, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 8

Der im November 2018 durch die Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf zielt darauf ab, eine Änderung des Personenstandsgesetzes im Land Sachsen-Anhalt herbeizuführen. Konkret geht es um die Festlegung der zuständigen Verwaltungsbehörde für die Bestimmung der Vornamen und des Familiennamens bei einer vertraulichen Geburt sowie weitere Anpassungen an die Änderungen im Personenstandsgesetz. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den leicht geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

TOP 9(a+b)

(a) Der Gesetzentwurf enthält eine Vollregelung des für den gesamten Justizvollzug des Landes geltenden Datenschutzrechts, die die Pflichten der Verantwortlichen konkretisiert, die bisherigen datenschutzrechtlichen Standards in ein neues eigenständiges Gesetz zum Datenschutz im Justizvollzug des Landes überführt und zugleich die Vorgaben der EU-Richtlinie 2016/680 vollständig in bereichsspezifisches Landesrecht umsetzt.

(b) Der vorliegende Gesetzentwurf soll nach dem Wirksamwerden der EU-Datenschutz-Grundverordnung das bereichsspezifische Datenschutzrecht, insbesondere im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport, an die Datenschutz-Grundverordnung anpassen und das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (DSG LSA) ablösen.

TOP 10

Sachsen-Anhalt hat im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgrund der Einschränkung auf berufsbezogene Weiterbildung eine relativ geringe Bildungsfreistellungsquote. Um dies zu verändern, beschreibt der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE eine erweiterte Themensetzung für den Rechtsanspruch eines/r Beschäftigten gegenüber der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber, während der Arbeitszeit an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

TOP 11

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die landesrechtliche Grundlage für einen modernen Vollzug des Jugendarrests in Sachsen-Anhalt geschaffen werden. Der Gesetzentwurf beschränke sich nicht nur auf die Normierung der wesentlichen Eingriffsermächtigungen, sondern regle auch die Gestaltung des Vollzugs, so die Landesregierung.

TOP 12(a+b)

(a) Im Dezember 2017 brachte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Aufrechterhaltung „Verlässlicher Öffnungszeiten an Grundschulen und an Ganztagschulen“ ein. Zudem sollte der „Rahmen für pädagogische Angebote, die über den Unterricht nach der Rahmenstundentafel hinausgehen und zur Aufgabenerfüllung und zur Profilierung der Schulen beitragen“ sichergestellt werden.

(b) Im Juni 2018 zeigte sich die Fraktion DIE LINKE mit einem Antrag davon überzeugt, dass Ganztagschulen die soziale Integration und die Lernmotivation fördern sowie positive

Effekte hinsichtlich der Überwindung des „Sitzenbleibens“ hervorbringen. Ein angemessenes Verhältnis zwischen pädagogischen Mitarbeiter/innen und außerunterrichtlichem Angebot sollte gewährleistet werden.

Der Ausschuss für Bildung und Kultur legt nun zu beiden Anträgen eine gemeinsame Beschlussempfehlung vor.

TOP 13

Aus dem Ausschuss für Petitionen kommt eine Beschlussempfehlung, die für die Annahme durch das Plenum vorgesehen ist. Inhalt sind die im Arbeitszeitraum 1. Juni bis 30. November 2018 erledigten Petitionen. Insgesamt waren 193 Petitionen eingegangen, abschließend behandelt wurden 197 Petitionen. Spitzenreiter waren die Bereiche „Inneres“, „Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr“ sowie „Justiz“.

TOP 14

Auf Antrag der Fraktion der AfD soll die Landesregierung aufgefordert werden, die gesetzlichen Grundlagen zur Gewährleistung der Schulgeldfreiheit in den Ausbildungsgängen für alle Erzieher- und Heilberufe zu schaffen. Die Schulgeldfreiheit soll mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 in Kraft treten. Die zur Umsetzung der Schulgeldfreiheit erforderlichen Mittel sollen im Entwurf zum Doppelhaushalt 2020/2021 berücksichtigt werden.

TOP 15

Die AfD setzt sich weiterhin für die Liberalisierung des Waffenrechts in Sachsen-Anhalt ein. Der Minister für Inneres und Sport soll demnach aufgefordert werden, die nachgeordneten Waffenbehörden anzuweisen, drei Jahre nach Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis von einem zeitlich unbegrenzten Fortbestand des Bedürfnisses auszugehen. Auch der bei Nichteinhaltung der jährlichen Mindesttrainingseinheiten beim Waffengrundkontingent soll nicht automatisch vom Wegfall des Bedürfnisses ausgegangen werden.

TOP 16

Am 1. Januar 2019 ist das Gute-Kita-Gesetz des Bundes in Kraft getreten. In zehn Handlungsfeldern soll es den Bundesländern ermöglicht werden, die Qualität der Kinderbetreuung weiterzuentwickeln. Durch einen Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, mit dem Bund zu vereinbaren, in welchen Handlungsfeldern die zur Verfügung gestellten Bundesmitteln für die Verbesserung der Kita-Qualität in Sachsen-Anhalt eingesetzt werden sollen.

TOP 17

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden, neben der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) eine Dunkelfeldstudie zur Erforschung und Darstellung der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung im Bereich der Allgemeinkriminalität zu erstellen und zu veröffentlichen. Die Studie soll so angelegt sein, dass sie die Kriminalität in den Landkreisen und kreisfreien Städten jeweils repräsentativ darstellt, Täter- und Opferbefragungen einbezieht und alle drei Jahre fortgeschrieben wird.

TOP 18

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen sei in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen, so die Fraktion DIE LINKE. Ziel ihres Antrags ist daher, dass sich der Landtag zu dem Ziel bekennt, bis zum Ende des laufenden Jahres die

Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen rückwirkend zum 1. Januar 2019 abzuschaffen und daraus entstehende Einnahmeausfälle der Gemeinden zu kompensieren.

TOP 19

Die Fraktion DIE LINKE will die Inklusion im Land voranbringen und fordert daher per Antrag, die geplante Landesfachstelle für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt endlich zu realisieren. Dabei sollen sowohl die bestehenden Datenbanken der Bundesfachstelle als auch des ehemaligen Landeskompetenzzentrums für Barrierefreiheit (LaKoB) genutzt werden.

TOP 20

Deutschland und die Welt stehen vor einem Wandel bei der Energieversorgung. Der deutsche Ausstieg aus der Kohleenergie ist nun für das Jahr 2038 vorgesehen. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Aktuelle Debatte zu den Ergebnissen der Kohlekommission beantragt, sie fragt: „Chancen oder Gift für Sachsen-Anhalt?“